

Amtssprache Organisations- Anpassung

Es gibt Tage, da rühren uns die mitfühlenden Worte der Berner Beamenschaft zu Tränen. Diese Woche war es wieder so weit. Diese Akkuratess, diese sprachliche Eleganz, diese Empathie! Das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) gab bekannt, 57 Stellen abzu-



bauen. Man hätte von Entlassungen, Pardon, Freisetzungen schreiben können. Oder von Personalabbau. Aber darf der Bund so herzlos sein? Darf man A sagen, nur weil man A meint?

Die Communiqué-schreiber des BIT haben uns vor der rüpelhaften Sprache des Arbeitsmarktes verschont. «Strukturelle Organisationsanpassung» haben sie ihr Gebrauchstextlein zuhanden der Öffentlichkeit betitelt. Keine Frage: Jedermann zahlt gerne Steuern, wenn er von der Bundesverwaltung mit derlei Wortschöpfungen beglückt wird. Und auch den betroffenen BIT-Mitarbeitern erleichtert das Communiqué das weitere Leben. Die Stelle zu verlieren, kann ein hartes Los sein. Es jauchzet hingegen, wer strukturell organisationsangepasst wird. (pho.)

Politapéro Alpenbitter für den Schulterschluss

Die Zentralschweizer Ständeräte **Damian Müller (FDP/LU)**, **Josef Dittli (FDP/UR)**, **Alex Kuprecht (SVP/SZ)**, **Erich Ettl (CVP/OW)** und **Isidor Baumann (CVP/UR)** stiessen diese Woche im Bundeshaus mit Appenzeller Alpenbitter an, den alt Nationalrat **Arthur Loepfe (CVP/AI)** spendiert hatte. Der Kräuterbrand half, die Säuerlichkeiten der Parlamentsdebatte über die Altersreform zu neutralisieren. Und er bewies: Wenigstens beim Schnaps funktioniert der bürgerliche Schulterschluss noch. (tga)



Nationalrat **Ulrich Giezendanner (SVP/AG)** sagte nach der Abstimmung über die Rentenreform, er sei ein «glücklicher Enthalter». Und versuchte damit in einen persönlichen Erfolg umzumünzen, dass er klein beigab. Bis am Mittwoch hatte der durchaus eigensinnige Unternehmer behauptet, er werde für die Rentenreform ein Ja einlegen. Dann nahm ihn die Fraktionspitze in die Mangel. Schliesslich enthielt sich Giezendanner am Donnerstag der Stimme. Die Vorlage erreichte trotzdem ein hauchdünnes Ja, und Giezendanner präsentiert sich als glücklicher Sieger. «Im Mathematischen habe ich mit meiner Enthaltung Nein gestimmt», sagte er auf TeleM1, «im Geist aber Ja.» (ffe)

Kalorienwarnung auf Bierflasche

Nährwerte Bier enthält so viele Kalorien wie Coca-Cola. Ersichtlich ist das auf der Flasche nicht. In diesem Jahr wollen nun alle grossen Hersteller mit der Deklaration beginnen.

Fabian Fellmann

Was leicht klingt, muss es nicht sein: Nur aus Wasser, Gerstenmalz und Hopfen besteht etwa ein Bier. Doch die Kombination ist wahrhaftig: Über 120 Kalorien enthält ein Fläschchen (3 dl) des vergorenen Gerstensafts, rund ein Zwanzigstel des Tagesbedarfs. Zwei Gläser zum Znacht – und schon setzt es an. Anders als bei Getränken und Lebensmitteln steht auf den Bierflaschen jedoch meistens nicht, wie gross die Gefahr für den Hüftumfang ist.

Das soll sich nun ändern. In dieser Woche hat der Schweizer Brauereiverband seine Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, dass das Schweizer Recht ab dem 1. Mai 2017 explizit eine vereinfachte Etikettierung erlaubt. Statt alle Inhaltsstoffe und Nährwerte aufzuführen, können alkoholische Getränke auch nur mit dem Energiegehalt versehen werden. Bisher war die Rechtslage unklar, die meisten Biere tragen keine Nährstoffdeklaration.

Viele Schweizer Bierbrauer werden nun ihre Produkte anpassen. Feldschlösschen etwa entwickelt derzeit laut Kommunikationsleiter Andreas Schmid die Etiketten. In diesem Jahr sollen die neu beschrifteten Biere in den Handel kommen. Auch Heineken wird den Energiewert auf Flaschen und Dosen abbilden; die anderen Angaben stehen auf einer Website bereit.

EU fordert Branchenlösung

Die Schweizer Brauer dürften damit einem europäischen Trend vorausgehen. In der EU hat das Parlament die Nährwertdeklaration für alkoholische Getränke schon 2015 verlangt. Umgesetzt ist sie zwar noch nicht. Die EU-Kommission hat jedoch die Getränkebranche Anfang dieser Woche aufgefordert, eine eigene, freiwillige Lösung vorzulegen. Nur falls diese scheitern sollte, würde die Kommission eine spezielle EU-Vorschrift ins Auge fassen. Auch für die Weinbranche in der Schweiz dürften sich damit ähnliche Schritte aufdrängen, zumindest für jene Hersteller, die für den Export produzieren.

«Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen verfolgt diese Diskussio-



Bierauswahl in einem Spirituosenshop in Zürich.

Symbolbild: Christian Beutler/Keystone

nen und Entwicklungen aufmerksam», heisst es dazu in Bern. Je nach Ausgang der Diskussionen würde «das Bundesamt mögliche Massnahmen prüfen».

Derzeit sieht es allerdings ganz danach aus, als ob die Bierproduzenten die freiwillige Deklaration nutzen würden, um eine staatliche Vorschrift zu verhindern, besonders international, sagt die Diageo. Die britische Diageo zum Beispiel weist bei Guinness heute schon die Kalorienzahl aus,

die gleich hoch ist wie bei vielen deutschen Weissbieren. Je höher der Alkoholgehalt, desto problematischer sind Biere für die Linie. Mehr Geschmack hingegen bedeutet nicht unbedingt mehr Kalorien: Guinness enthält etwa gleich viel Energie wie Heineken.

Auch kleinere und mittlere Schweizer Brauereien setzen auf mehr Transparenz. «Die Brauerei Rosengarten wird alle Bierflaschen mit Kalorienangaben versehen», sagt Mitinhaber und

CVP-Nationalrat Alois Gmür. Bei einigen Etiketten werde das zu einer Herausforderung. Angst, dass die Nährwertdeklaration auf den Konsum von Bier drückt, hat der Einsiedler Bierbrauer nicht.

«Weniger Kalorien als Apfelsaft»

Die Schweizerische Gesellschaft für Ernährung mahnt einen massvollen Umgang mit Bier und Wein an. Problematisch ist Alkohol vor allem wegen des Suchtpotenzials,

als risikoarm gilt der Konsum von zwei Gläsern für Männer und von einem Glas für Frauen. Allerdings sind die Auswirkungen auf die Linie nicht zu vernachlässigen. «Die mit dem Konsum von alkoholischen Getränken verbundene Energieaufnahme scheint mehrheitlich ein Extra an Energie zu sein», hält die Gesellschaft fest. Dem hält Brauer Gmür entgegen, das gelte für alle Getränke: «Bier enthält immer noch weniger Kalorien als Apfelsaft.»

Doktorendebatte geht erneut los

Bildung Universitäten und Fachhochschulen müssten sich wieder stärker voneinander abgrenzen, fordert eine breite Koalition von Parlamentariern. Der Titelstreit geht damit in eine neue Runde.

Die Grenzen zwischen Fachhochschulen und Universitäten verschwimmen zunehmend. «Auf beiden Seiten gibt es je länger, desto mehr eine Verwässerung», sagt die CVP-Nationalrätin Andrea Gmür.

In einem in dieser Woche eingereichten Postulat verlangt die Luzerner Bildungspolitikerin: «Der Trend zur Angleichung der Hochschultypen und Akademisierung ist zu stoppen.» Umstritten sind etwa Bemühungen der Fachhochschulen, Doktoratslehrgänge anzubieten. Es gehe ihr generell darum, dass Lehre

und Forschung auch künftig an Universitäten und Fachhochschulen klar unterscheidbar sind; je zugeschnitten auf die Studierenden mit gymnasialer Matura oder Berufsmaturität, betont Gmür, die Mitglied des Rats der Universität Luzern ist. Die Durchlässigkeit solle dabei erhalten bleiben.

Fachhochschulen müssten praxisorientiert bleiben, die Universitäten hingegen seien theoretisch-analytisch geprägt. «Die Angleichung ist ein Verlust», sagt Gmür. Doktorate etwa seien Teil einer akademischen Karriere

und müssten den Universitäten vorbehalten bleiben. Bei den Professorentiteln verlangt sie mehr Transparenz: «Ich habe Mühe damit, wenn Universitätsprofessoren ein Doktorat und eine Habilitation vorweisen müssen, während Fachhochschulen den Titel schon nach drei Jahren Lehrtätigkeit vergeben.» Zumindest müssten Professorentitel von Fachhochschulen als solche erkennbar sein.

Gmür sagt, sie wolle die Hochschulen nicht gegeneinander ausspielen. «Beide sind gut und wichtig, gleichwertig, aber

andersartig.» Auch Kooperationen seien willkommen. So sollten Universitäten und Fachhochschulen gemeinsame Doktoratsangebote schaffen, wobei die Universitäten die Führung haben müssten.

Bundesrat soll Profile schärfen

Der Bundesrat sei jetzt gefordert, sagt Nationalrätin Gmür. Er soll laut Postulat die Profile, Titelbezeichnungen und Zugangskriterien von universitären und Fachhochschulen schärfen. Mitunterzeichnet haben Vertreter

sämtlicher Fraktionen, von SVP-Präsident Albert Rösti über CVP-Chef Gerhard Pfister und den liberalen Basler Bildungspolitiker Christoph Eymann bis zur SP. Ähnliche Forderungen erhebt auch der Wirtschaftsverband Economiesuisse.

Die Fachhochschulen streben seit Jahren eigene Promotionsgänge an. Vorerst bleibt es jedoch bei Kooperationen. Diese unterstützt der Bund in den nächsten vier Jahren mit 5 Millionen Franken.

Fabian Fellmann